

# GEMEINDE OSTBEVERN



Gemeinde Ostbevern - Postfach 11 65 - 48342 Ostbevern

Herrn Landrat  
Dr. Olaf Gericke  
Kreis Warendorf  
Waldenburger Straße 2  
  
48231 Warendorf

Ihr Zeichen und Tag

Unser Zeichen

Gemeinde Ostbevern  
Der Bürgermeister  
Telefon: 0 25 32/82 0  
Telefax: 0 25 32/82 46

Amt  
Sprecher der Bürgermeister  
im Kreis Warendorf  
Auskunft erteilt  
Herr Hoffstädt  
Durchwahl  
82-24  
Zimmer  
21  
E-Mail Anschrift  
buergermeister@ostbevern.de  
Datum  
22.09.08

## Eckdatenpapier zum Entwurf des Kreishaushaltes 2009

### Gemeinsame Stellungnahme der Bürgermeisterin und der Bürgermeister im Kreis Warendorf

Ihr Schreiben vom 28.08.2008

Sehr geehrter Herr Dr. Gericke,

nach Auswertung des Eckdatenpapiers zum Entwurf des Kreishaushaltes 2009 haben wir mit Überraschung, aber auch mit Unverständnis zur Kenntnis genommen, dass Sie beabsichtigen, den Hebesatz der allgemeinen Kreisumlage **um 0,9 %- Punkte auf 36,9 %** anzuheben.

Mit dieser deutlichen Anhebung würde die Kreisumlage einen neuen historischen Höchststand von **rd. 107,7 Mio. Euro** erreichen. Gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr ergäbe sich durch die geplante Anhebung für die kreisangehörigen Kommunen eine Mehrbelastung von **rd. 6,5 Mio. Euro**, was einer beachtlichen Steigerung **von 6,42 %** gleich käme. Mit Sorge müssen wir feststellen, dass die allgemeine Kreisumlage seit 2005 von insgesamt **rd. 89,4 Mio. Euro** (hierin enthalten sind die Leistungen nach SGB II in Höhe von 17,8 Mio. Euro) bis auf **107,7 Mio. Euro** in 2009 steigen soll. Innerhalb von nur 5 Jahren würde damit die Belastung der kreisangehörigen Kommunen um **18,3 Mio. Euro** steigen, das sind beachtliche **20,4 %!**

Selbst bei einem gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr unveränderten Kreisumlagehebesatz (36 %) profitiert der Kreishaushalt 2009 von den höheren Umlagegrundlagen in Folge der gestiegenen Steuerkraft in der sog. Referenzperiode (01.07.2007 – 30.06.2008) mit einer um **rd. 3,9 Mio. Euro** höheren Kreisumlage. Eine weitere signifikante Verbesserung ergibt sich aufgrund der gestiegenen Umlagegrundlagen durch eine **höhere Schlüsselzuweisung** von **rd. 670.000,00 Euro**.

Sprechzeiten: Mo.-Fr. 8.00-12.00 Uhr, Mo. 14.00-16.00 Uhr, Do. 14.00-18.00 Uhr

Postanschrift:  
Postfach 1165  
48342 Ostbevern

Hausanschrift:  
Hauptstraße 24  
48346 Ostbevern

E-Mail:  
gemeinde@ostbevern.de  
Homepage: www.ostbevern.de

Bankkonten:  
Sparkasse Münsterland Ost Kto. 50 26 000 (BLZ 400 501 50)  
Vereinigte Volksbank eG Kto. 7 800 602 300 (BLZ 412 626 21)  
Postgiroamt Dortmund Kto. 335-467 (BLZ 440 100 46)

Die Anhebung der allgemeinen Kreisumlage soll in einer Zeit erfolgen, in der sich die finanziellen Rahmenbedingungen der Kommunen wieder spürbar verschlechtern und diese darüber hinaus auf vielen Ebenen neuen und komplexeren Anforderungen (Stichworte: Demografischer Wandel, Bildung, stark steigende Energiekosten, Klimawandel und -schutz etc.) ausgesetzt sind. Zudem ist schon heute absehbar, dass die nachlassende wirtschaftliche Dynamik – sicherlich in unterschiedlichem Ausmaß in den einzelnen Kommunen – zu teilweise schmerzlichen Einbrüchen auf der Einnahmeseite in den Haushalten (z.B. bei den Gewerbesteuerereinnahmen) führen wird.

**Die sich abzeichnende negative Entwicklung darf vom Kreis nicht ignoriert werden.**

Sie muss unseres Erachtens bei der Haushaltsplanung des Kreises für 2009 vorausschauend, solidarisch und gerecht berücksichtigt werden. Es muss ein wichtiges Ziel bleiben, den Kommunen auch zukünftig ein vernünftiges Maß an Gestaltungsfähigkeit zu erhalten.

Die bekannten Finanzindikatoren sprechen dafür, dass die Steuereinnahmen für die 2. Hälfte der Referenzperiode (01.04.2008 – 30.09.2008) zur Berechnung der Verbundmasse gegenüber der bisherigen Schätzung möglicherweise noch ein leicht positiveres Ergebnis ergeben könnten. Dies würde dazu führen, dass der v.g. Mitnahmeeffekt des Kreises von **rd. 3,9 Mio. Euro** entsprechend höher ausfällt. Zudem hätte dies auch positive Auswirkungen auf die Höhe der Schlüsselzuweisung.

**Landschaftsumlage**

Bei gleich bleibendem Umlagesatz für 2009 beläuft sich nach Aussagen im Eckdatenpapier die **LWL- Umlage** auf **rd. 46,7 Mio. Euro**. Aufgrund der höheren Umlagegrundlagen sind das gegenüber dem Vorjahr fast **1,7 Mio. Euro** mehr als im laufenden Haushaltsjahr 2008.

Angesichts der aus konjunkturellen Gründen sich wieder verschlechternden Lage der kommunalen Finanzen haben wir die Erwartung, dass der Kreis beim Landschaftsverband nachdrücklich und letztlich erfolgreich auf eine stringente Ausgabendisziplin quer über alle Ausgabenbereiche hinwirkt und so eine Steigerung der Landschaftsumlage vermieden werden kann.

**Personal- und Versorgungsaufwendungen**

Die Personal- und Versorgungsaufwendungen sollen in 2009 auf insgesamt 40,4 Mio. Euro ansteigen. Dies bedeutet gegenüber dem Planjahr 2007 mit einem Betrag von 35,9 Mio. Euro eine Steigerung um 12,5% in nur 3 Jahren. Die Orientierungsdaten des Landes sehen jährliche Steigerungsraten von lediglich 2% vor.

Die **erhebliche Steigerung** der Personalaufwendungen mit ihrer dauerhaften Belastungswirkung für die Zukunft wird insbesondere begründet mit einem erheblichen Anstieg der Pensionsrückstellungen und der Tarifeinigung für die tariflich Beschäftigten im laufenden Jahr. Die angeführte „Potsdamer Tarifeinigung“ bringt jedoch nicht nur zusätzliche monetäre Belastungen, sondern führt bei den Vollzeitbeschäftigten auch zu einer zusätzlichen Arbeitsverpflichtung von 0,5 Wochenstunden. Dies bedeutet bei dem Personalbestand des Kreises (rd. 480 tariflich Beschäftigte) nach eigenen Angaben eine Anhebung um 4,5 Vollzeitstellen.

Darüber hinaus ist beabsichtigt, im Stellenplan 2009 weitere 5,5 Stellen neu zu schaffen. Der Personalhaushalt wird damit insgesamt um **rd. 10 Stellen** ausgeweitet.

Weiterhin wurde bei der Beschäftigtengruppe der Beamten eine Besoldungserhöhung um 3% eingeplant, für die es bislang keinerlei verlässliche Hinweise gibt.

Nach eigenen Angaben beinhaltet der Haushaltsansatz 2009 eine über die Empfehlung der Westfälisch-Lippischen Versorgungskasse hinausgehenden Betrag als **Zuführung zu den Pensionsrückstellungen** in Höhe von rd. **500.000 Euro**. Dieser Puffer wurde in Erwartung einer weiteren Steigerung der Beamtenbesoldung in 2010 eingeplant, falls der Beschluss über die Erhöhung noch in 2009 gefasst werden sollte. Im übrigen wird nach Ihren Aussagen im Haushaltsplanentwurf die Nettozuführung zu Pensionsrückstellungen von 3,0 Mio. Euro auf 2,8 Mio. Euro reduziert. Bei der Bemessung des Kreisumlagehebesatzes ist diese Senkung jedoch bisher nicht berücksichtigt.

Wir sehen daher folgendes **Einsparpotenzial** bei den Personal- und Versorgungsaufwendungen:

1. Verzicht auf die zusätzliche dauerhafte Ausweitung des Stellenplans

Nach den mündlich erteilten Auskünften wurden bisher nicht alle Möglichkeiten eines effizienten Personaleinsatzes bzw. alternativer Ersatzmittel (Einkauf von externen Dienstleistungen statt Ausdehnung des eigenen Personalbestandes) geprüft bzw. ausgeschöpft. Bei dem umfangreichen Personalbestand des Kreises müsste es möglich sein, auf die sich verändernden Rahmenbedingungen entsprechend flexibel zu reagieren, und zwar ohne den Personalbestand ausweiten zu müssen. Der Verzicht auf die Ausweitung des Stellenplans um 5,5 Stellen bedeutet eine Aufwandsminderung um mind. **330.000 Euro** (durchschnittl. Personalaufwand je Stelle 60.000 €). Es verbliebe danach immer noch bei einem Zuwachs von rd. 4,5 Stellen über die o. g. tarifvertragliche Veränderung.

2. Reduzierung der eingeplanten Besoldungserhöhung

Die Einplanung der Besoldungserhöhung für 2009 sollte um 1% auf 2% verringert werden. Bisher ist völlig unklar, in welcher Höhe bzw. zu welchem Zeitpunkt eine Besoldungserhöhung vorgenommen werden soll. Die Einsparung dürfte sich auf rd. **100.000 Euro** belaufen.

3. Verzicht auf einen Zuschlag zu Pensionsrückstellungen

Des Weiteren sollten über die Empfehlungen der Versorgungskasse hinaus keine weiteren Beträge als Puffer eingeplant werden, die die Liquiditätslage der Kommunen weiter verschärfen, ohne dass diese beim Kreis zu einem Mittelabfluss führen. Es kann hier somit eine weitere Einsparung von **500.000 Euro** realisiert werden. Sollte sich das Erfordernis einer weiteren Zuführung ergeben, müsste hierauf im Rahmen der Bewirtschaftung des Haushaltsplans reagiert werden. Der Blick in die Jahresabschlüsse der vergangenen Jahre zeigt, dass hier entsprechendes Einsparpotenzial vorhanden ist.

4. Reduzierung der Nettozuführung zu Pensionsrückstellungen

Nach eigenen Angaben wurde die Nettozuführung zu Pensionsrückstellungen im Haushaltsplanentwurf bereits um **0,2 Mio. Euro** auf 2,8 Mio. Euro nach unten korrigiert. Da das Eckdatenpapier noch die erhöhte Zuführungssumme enthält, wird davon ausgegangen, dass die Senkung bei der Ermittlung des Kreisumlagehebesatzes noch nicht berücksichtigt wurde.

Aus den unter 1. – 4. genannten Punkten ergibt sich insgesamt ein **Einsparungspotenzial** von mind. **1,13 Mio. Euro**, dass zur Senkung des Kreisumlagehebesatzes eingesetzt werden kann.

Abschließend eine Anmerkung zum **geplanten Kapitalstock**:

Die laufenden Pensionsauszahlungen werden durch die Westf.-Lippische Versorgungskasse abgewickelt. Die Umlagebeiträge werden dabei unter Berücksichtigung der Belange einer Solidargemeinschaft individuell für jede Körperschaft ermittelt. Diese Versorgungskassenumlage stellt Aufwand dar, der über die Kreisumlage refinanziert wird. Es wird daher zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für erforderlich gehalten, zusätzlich einen gesonderten Kapitalstock aufzubauen.

Die außerordentliche Verbesserung der Liquiditätslage des Kreises sollte vielmehr genutzt werden, um Kreditverbindlichkeiten abzubauen und die Zinsaufwendungen weiter zu reduzieren. Durch diese Vorgehensweise würde mittelfristig der Kreishaushalt nachhaltig entlastet.

#### Leistungen nach dem SGB II

Im Eckdatenpapier ist auf der Seite 7 (oben) ausgeführt, dass sich die Zahl der **Bedarfsgemeinschaften** auf 8.000 zurück entwickelt hat und auf dieser Berechnungsbasis die **Kosten für Unterkunft und Heizung** für 2009 mit insgesamt rd. **29,3 Mio. Euro** kalkuliert sind. Nach dem aktuellen Entwicklungsstand beträgt die Zahl der Bedarfsgemeinschaften jedoch nur noch 7.824. Gegenüber dem August des Vorjahres sind dies sogar 578 Bedarfsgemeinschaften weniger. Wir gehen davon aus, dass sich dieser positive Trend - wenn auch in etwas abgeschwächter Form - in 2009 fortsetzen wird und diese Entwicklung zu weiterem Einsparpotenzial führt. Ausgehend von erforderlichen monatlichen Zahlungen in Höhe von etwa **2,35 Mio. Euro** ergeben sich aufs Jahr bezogen **28,2 Mio. Euro**, so dass sich gegenüber dem im Eckdatenpapier genannten Ansatz von **29,3 Mio. Euro** eine Einsparungspotenzial von rd. **1,1 Mio. Euro** ergibt.

#### Jahresabschluss 2007 / Haushalt 2008

Nach dem Jahresabschluss zum 31.12.2007 hat der Kreis Warendorf das erste NKF-Jahr 2007 mit einem Überschuss von 1,824 Mio. Euro abgeschlossen. Es hat sich somit im Haushaltsvollzug 2007 („nachträglich“) ergeben, dass die Kreisumlage für das Jahr 2007 höher festgesetzt worden war, als erforderlich gewesen wäre. Nach **§ 56 Abs. 1 KreisO** hat der Kreis von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden eine Umlage nur dazu zu erheben, um die Deckungslücke zwischen seinen „sonstigen Erträgen“ sowie den „entstehenden Aufwendungen“ zu schließen. Die Kreisumlage ist nicht dazu da, um – mit dem Geld der kreisangehörigen Städte und Gemeinden – Überschüsse zu erzielen. Daraus folgt: Sofern Überschüsse dennoch entstehen, sind diese vom Umlagevolumen des übernächsten Haushaltsjahres abzusetzen. Der Überschuss aus 2007 mindert also das Umlagevolumen in 2009. Der Kreis würde mit einer Kürzung des Umlagevolumens 2009 um die genannten **1,824 Mio. Euro** nur das zurückgeben, was er im Jahr 2007 über seinen Bedarf hinaus von den kreisangehörigen Städten und Gemeinden erhalten hat.

An sich hätte der Jahresüberschuss 2007 im Übrigen sogar bei 2,638 Mio. Euro liegen müssen. Laut Jahresabschluss zum 31.12.2007 (S. 307 oben) wurde bei der Prüfung der Eröffnungsbilanz des Kreises Warendorf erkannt, dass die gebildeten Rückstellungen um 814.000 Euro zu niedrig lagen. Dieser Fehler wäre gemäß § 92 Abs. 7 GO NW bzw. § 57 GemHVO in der Eröffnungsbilanz zu korrigieren gewesen. Nach dem Arbeitspapier zum „Vorläufigen Jahresabschluss zum 31.12.2007“ (S. L 7 oben) war dies vom Kreis auch zunächst vorgesehen. Im endgültigen Jahresabschluss für 2007 hat der Kreis den Fehler aber nicht in der Eröffnungsbilanz zum 01.01.2007, sondern erst in der Schlussbilanz zum 31.12.2007 korrigiert. Dadurch wurde der Aufwand des Jahres 2007 um 814.000 Euro erhöht, und zwar obwohl ein zusätzlicher Liquiditätsbedarf des Kreises nicht bestand (der Fehler war nicht zahlungswirksam). Der Kreis hat damit „gestaltend“ seinen Jahresüberschuss 2007 um 814.000 Euro zu niedrig ausgewiesen.

Auch sind wir der Auffassung, dass eine vorübergehende **Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage** nicht zwingend dazu führen muss, dass die Eigenkapitalbasis des Kreises dauerhaft nachteilig geschmälert wird. Wie wir bereits zuvor angesprochen haben, hat die Erfahrung der vergangenen Jahre gezeigt, dass die Jahresabschlüsse der Kreishaushalte stets einen Überschuss ergeben haben, sodass die tatsächliche Inanspruchnahme der Ausgleichsrücklage zum Jahresende entgegen der Planung sogar entbehrlich würde.

**Zusammenfassung**

**Aus den Punkten 1. – 4. ergibt sich insgesamt ein Einsparpotenzial von rd. 4,0 Mio. Euro. Im Vertrauen auf die Kraft der vielfältig vorgetragenen Argumente halten wir daher eine Senkung des aktuellen Hebesatz von 36 % um mindestens 0,5 %-Punkte für 2009 für notwendig.**

**Jugendamtsumlage**

Auch das Umlagevolumen für die Jugendamtsumlage ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen. Im Jahr 2009 wird mit einem Umlagevolumen von ca. 25,8 Mio. € ein neuer Höchststand erreicht. Im Eckdatenpapier wird der Anstieg – im Grundsatz nachvollziehbar – vor allem mit dem KiBiz begründet (worauf allein 2,0 Mio. € der insgesamt 2,3 Mio. € Mehrkosten entfallen). Die kreisangehörigen Städte und Gemeinden kommen damit an ihre Belastungsgrenze. Es wird deshalb der eindringliche Wunsch geäußert, auch in Zukunft nach Möglichkeiten zu suchen, damit ein weiterer Kostenanstieg möglichst vermieden bzw. in erträglichen Grenzen gehalten wird.

Mit freundlichem Gruß

Jürgen Hoffstädt